

## Einleitung: In der Warteschlange Arbeiterschaft und radikale Rechte

„Bei den letzten Europawahlen habe ich Republikaner gewählt!“, erklärte mir ein junger Gewerkschafter, den ich während eines Lehrgangs im IG-Metall-Bildungszentrum Sprockhövel befragen durfte. Das Eingeständnis kam überraschend. Eine Woche lang hatten sich etwa 30 junge Gewerkschaftsmitglieder an Grundbegriffen von Marx' Kritik der Politischen Ökonomie abgearbeitet. Behandelt wurden Wert und Mehrwert, Produzentenstolz, Ausbeutung und Klassen; auch die industrielle Reservearmee kam vor. Hauptziel des Lehrgangs war es, den Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit in gemeinsamer Anstrengung zum Zentrum einer gewerkschaftlichen Kollektividentität zu machen, die für das Engagement in Betrieb und Gesellschaft handlungsleitend werden sollte. Das politökonomisch grundierte Bildungskonzept war innergewerkschaftlich hoch umstritten. Ich selbst begegnete ihm mit einer gewissen Skepsis, weil mir, an Antonio Gramscis Hegemonietheorie geschult, die Redeweise von dem einen Interessengegensatz stark simplifizierend erschien.

Die jungen Erwachsenen im Lehrgang nahmen am „einfachen“ Interessengegensatz keinen Anstoß. Allesamt Gewerkschaftsmitglieder, waren sie in ihren Betrieben überwiegend bereits in Jugendvertretungen und gewerkschaftlichen Gremien aktiv. Zweifellos gehörten sie zum Funktionärsnachwuchs der IG Metall. Im Seminar verhielten sich die meisten von ihnen wie in der Schule. Sie nahmen am Unterricht teil, klinkten sich brav ein und aus, stellten mitunter Fragen, aber grundsätzliche Kritik an den Lehrinhalten oder gar größere inhaltliche Kontroversen blieben aus. Ressentiments der jungen Gewerkschaftsaktiven gegenüber der migrantischen Bevölkerung kamen nicht zur Sprache. Selbst beim Thema Arbeitslosigkeit wurde scheinbar fraglos akzeptiert, wenn das Lehrteam verbreitete Stereotype wie „Die Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg“ kritisch hinterfragte.

Dann kam für mich, das Lehrteam war keineswegs überrascht, das Schockerlebnis während des Interviews. Mit einem aktiven Jugendvertreter, der keinen Hehl daraus machte, die Republikaner, kurz REPs, gewählt zu haben, hatte ich nicht gerechnet. Immerhin handelte es sich um eine Partei, die sich anschickte, das rechtsextreme Wählerpotential der Bundesrepublik zu sammeln, um zu einem einflussreichen Faktor im politischen System zu werden. Meine Verwunderung nahm noch zu, als sich herausstellte, dass es sich bei dem Jugendvertreter keineswegs um einen Einzel-

fall handelte. Andere Seminarteilnehmende hatten ebenfalls bereits „aus Protest“ rechtspopulistisch oder -extrem gewählt. Am abendlichen Biertisch stießen ihre Begründungen teilweise auch bei Gewerkschaftsmitgliedern auf Zustimmung, die ein derartiges Wahlverhalten ablehnten. Für die große Mehrzahl der jungen Gewerkschaftsaktiven war ein Votum für REPs, NPD, DVU oder eine andere Rechtsaußenpartei hingegen ein schlichtes No-Go. Nazis mit allen legitimen Mitteln zu bekämpfen, gehörte genauso zur Gewerkschaftsidentität dieser jungen Erwachsenen wie der Interessengegensatz zwischen Lohnarbeit und Kapital. Die betont antifaschistische Mehrheit bestimmte das Meinungsklima im Seminar. Hätte sich besagter Jugendvertreter während des Seminarprogramms offen als REP-Wähler geoutet, wäre ihm kräftiger verbaler Gegenwind sicher gewesen. Deshalb zog er genauso wie ähnlich denkende Teilnehmende vor, bei anstößigen Themen lieber zu schweigen – ein Verhalten, das in der Gegenwart auch vom betrieblichen Anhang der AfD bekannt ist. Die eigene Meinung bekundet man offensiv nur dann, wenn man sich unter Gleichgesinnten wähnt oder zumindest hoffen kann, aus einer Auseinandersetzung siegreich hervorzugehen.

## 1. Die These: Radikalisierung einer rechten Tiefengeschichte

Der Jugendlehrgang, von dem ich hier berichte, fand vor mehr als dreißig Jahren statt. Die politische Bildung in den Gewerkschaften stand vor einer Neuausrichtung. Nach einer kurzen Blütezeit im Anschluss an die Achtundsechziger-Bewegungen waren Politische Ökonomie, Klassentheorie und -analyse in den Sozialwissenschaften der 1980er Jahre längst wieder passé. Wissenschaftlich wie politisch standen Arbeiterbewegungen und Gewerkschaften im Schatten neuer sozialer Bewegungen, die nicht an Klassegegensätzen, sondern an Reproduktionskonflikten aufbrachen. Die Grünen begannen sich im Parteiensystem zu etablieren. Das geschah ausgerechnet zu einer Zeit, als die Erwerbslosigkeit zu einem Massenphänomen geworden war. Infolge des gesellschaftlichen Umbruchs geriet eine Bildungsarbeit unter Druck, die sich im Anschluss an die 1968er-Proteste repolitisiert hatte.

Meine ursprüngliche Absicht war es, nachzuweisen, dass politische Bildung im Arbeiterbereich an einem weiten Interessenbegriff anzusetzen hatte. Dieser Interessenbegriff sollte zum „neuen Gesicht des Kapitalismus“<sup>1</sup> passen und die ökologische ebenso wie die Geschlechterachse sozialer Konflikte einschließen. Tatsächlich fiel es mir leicht, junge Gewerkschaftsaktive zu finden, die sich, bevor sie in die Betriebe gelangten, in der Anti-AKW-Bewegung, in Fraueninitiativen, Dritte-Welt-Grup-

---

1 Hirsch, Joachim/Roth, Roland (1986): Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Post-Fordismus. Hamburg: VSA.

pen, Schülervertretungen oder über die Ostermärsche und die Friedensbewegung politisiert hatten. Die meisten dieser jungen Erwachsenen blickten auf mehr oder minder erfolgreiche Bildungskarrieren zurück; sie verfügten über das Abitur oder vergleichbare Abschlüsse. Eine betriebliche Ausbildung hatten sie bewusst als Doppelqualifikation angestrebt. Kulturell, hinsichtlich ihrer Wertorientierungen und Lebensstile, verkörperten sie den Gegenpol zu jenen Lebensentwürfen, die für die rechtsaffinen Arbeiterjugendlichen erstrebenswert waren. Letztere hatte ich nicht gesucht; sie waren der Beifang einer empirischen Recherche, deren forschungsleitende Thesen in eine völlig andere Richtung zielten.<sup>2</sup>

Obwohl niemals im Zentrum meiner Forschungen, hat mich dieser Beifang seither nicht mehr losgelassen. Wie ist zu erklären, dass Teile der Arbeiterschaft, zumal betrieblich und gewerkschaftlich engagiert, sich politisch mit der radikalen Rechten einlassen? Welche Rolle spielen Gewerkschaften in der Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen oder rechtsextremen Orientierungen unter Lohnabhängigen? Was kann getan werden, um sich mit Ressentiments, Fremdenfeindlichkeit und Alltagsrassismus wirksam auseinanderzusetzen? Diese Fragen haben mich während meines Wissenschaftlerlebens immer wieder beschäftigt.

Den Aufstieg der AfD zur stärksten Oppositionspartei im Bundestag vor Augen, erscheinen mir die Forschungen zu dieser Problematik, die ich allein oder mit unterschiedlich zusammengesetzten Wissenschaftlergruppen durchgeführt habe, brisanter denn je. Im Rückblick artikuliert sich in der Revolte von rechts, wie wir sie mit Pegida und der AfD auch in Deutschland erleben, eine Tiefengeschichte, die, was meine Arbeiten angeht, in der alten Bundesrepublik der 1980er Jahre beginnt. Es ist, so die These des vorliegenden Buchs, die Geschichte einer Radikalisierung dieser *deep story*, die sich, keineswegs ausschließlich, aber in besonderer Weise, im – gewerkschaftsnahen – Arbeitermilieu vollzieht. Tiefengeschichte („*deep story*“) von rechts ist ein Begriff, den ich von Arlie Hochschild übernommen habe. Lange vor der Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten hatte die US-amerikanische Soziologin ein ungewöhnliches Projekt in Angriff genommen. Sie wollte herausfinden, was Menschen dazu bewegt, ihre Interessen an die rechtspopulistische Tea-Party-Bewegung zu delegieren. Deshalb verließ sie ihr akademisches Milieu, ging in den von ihr so genannten „Super-Süden der USA“ und lebte dort eine Zeit lang gemeinsam mit Menschen, die auf Lohnarbeit angewiesen waren und mit ihrer Sympathie für die Tea-Party-Bewegung nicht hinter dem Berg hielten.<sup>3</sup> Dort fand die Soziologin, was sie als *deep story* bezeichnet: eine

---

2 Vgl. Dörre, Klaus (1995): Junge GewerkschafterInnen. Vom Klassenindividuum zum Aktivbürger? Gewerkschaftliches Engagement im Leben junger Lohnabhängiger. Münster: Westfälisches Dampfboot (Veröffentlichte Fassung der Dissertation von 1992).

3 In einem Interview hat Arlie Hochschild die Beweggründe für ihre teilnehmende Beobachtung pointiert beschrieben: „Ich wollte also aus meiner eigenen Blase raus, um eine

kollektive Erzählung, die nicht zwingend der Wahrheit entsprechen muss, sich aber „für viele Menschen wie die eigentliche Wahrheit anfühlt“.<sup>4</sup> In der rechten Tiefengeschichte, die Hochschild rekonstruiert, stehen Menschen wie bei einer Pilgerfahrt in einer langen Schlange am Fuße eines Berges, der für sie den amerikanischen Traum symbolisiert. Ihre Füße sind müde, es geht nicht vorwärts. Doch in ihren Augen haben sie sich den amerikanischen Traum verdient.

„Wenn ich sage, es ging nicht vorwärts, dann spreche ich von jenen Leuten, die ich während meiner fünfjährigen Forschungen kennengelernt habe. Sie waren im Südwesten Louisianas in der petrochemischen Industrie beschäftigt, viele von ihnen haben seit zwei Jahrzehnten keine Lohnerhöhung bekommen und hatten zudem sehr wenig Urlaub. Ein Mann erzählte mir, dass er in seinem letzten Job in den ersten fünf Jahren eine Woche und für die nächsten fünf Jahre zwei Wochen Jahresurlaub bekommen habe. Der Mann angelte gern, hatte aber nie Zeit, seiner Leidenschaft nachzugehen.“<sup>5</sup>

An solchen Arbeiterschicksalen hat sich im Laufe der Zeit wenig geändert, denn in der Schlange geht es nicht vorwärts. Während man selbst vergeblich ansteht, werden – so die Wahrnehmung – andere, etwa migrantische Minderheiten, bevorzugt, die nach Auffassung der Wartenden deutlich weniger geleistet haben, um sich den Traum vom besseren Leben zu erfüllen. Da es auf der politischen Linken an Angeboten fehlt, um den Verdruss politisch wirksam zu artikulieren, suchen diejenigen, die in der Schlange verharren müssen, Zuflucht beim Trumpismus. Klasseninteressen werden an einen Leader delegiert, der den einfachen Leuten viel verspricht, ohne wirklich etwas mit ihnen gemeinsam zu haben. Es sind latente, verzerrte Klasseninteressen, die zur Wahl Trumps motivieren:

---

ähnliche, aber politisch entgegengesetzte Blase zu finden. Ich wollte alle meine Vorurteile und moralischen Bedenken beiseitelegen und mir selbst erlauben, neugierig zu sein. Ich wollte Menschen treffen, die nach einer anderen Wahrheit lebten. Diese Suche führte mich in den Süden, nach Lake Charles, Louisiana. Mein erster Gedanke war: 'Ich will in den Süden gehen, um mit den alten Weißen zu sprechen.' Aber wohin genau? Ich sah mir also die Daten zur Präsidentschaftswahl 2012 genauer an. In Kalifornien sprach sich die Hälfte der weißen Wählerschaft für eine zweite Amtszeit Obamas aus. Im Süden, in den ehemaligen Konföderierten Staaten, war es dagegen nur ein Drittel; und in Louisiana mickrige 14 Prozent. Louisiana war also der Super-Süden.“ Vgl.: Dies. (2017a): „Linke müssen erkennen, dass sie sich selbst ins Abseits gestellt haben“. In: Ruhrbarone vom 12.12.2017. <https://www.ruhrbarone.de/linke-muessen-erkennen-dass-sie-sich-selbst-ins-abseits-gestellt-haben/149955>. Zugegriffen: März 2018.

4 Hochschild, Arlie (2018): Warum Trump? Fremd in ihrem Land: Interview mit Arlie Russell Hochschild. In: Becker, Karina/Dörre, Klaus/Reif-Spirek, Peter (Hg.) (2018), Arbeiterbewegung von rechts? Ungleichheit – Verteilungskämpfe – populistische Revolte. Frankfurt a. Main/New York: Campus, S. 35-48, S. 53.

5 Ebd.

„Klasse ist in diesem Kontext sehr bedeutsam. Ich denke, dass – obwohl Trump mit seinen Attacken auf moralische Grundsätze jedes Maß gesprengt hat – die Arbeiter eher im Hinblick auf Klasse denn auf Gender abgestimmt haben. Diese Kategorie scheint mir die Hauptmotivation bei den Wahlen gewesen zu sein. Während Gender und ‘race’ lange Zeit sehr bedeutsam waren, steht mittlerweile die Klassenfrage wieder auf der Tagesordnung.“<sup>6</sup>

Ungeachtet aller Unterschiede zur US-amerikanischen Situation fällt es nicht schwer, eine rechte deep story auch bei bundesdeutschen Lohnabhängigen aufzuspüren. Deren Geschichten handeln ebenfalls von Warteschlangen am Berg der Gerechtigkeit. Schon die rechtsaffinen jungen Gewerkschaftsmitglieder, die ich während des IG-Metall-Lehrgangs befragen konnte, verorteten sich in einem Teil der Bevölkerung, der auf bessere Zeiten wartete. Ihr Gesellschaftsbild unterschied sich in wichtigen Dimensionen kaum von der Weltsicht sozialdemokratischer Altersgenossen. Gerechtigkeitsvorstellungen adressierten sie vornehmlich an einen nationalen Wohlfahrtsstaat, der diese Ansprüche jedoch immer weniger gewährleisten konnte. Die Grenzen sozialdemokratischer Verteilungspolitik vor Augen, tendierten die jungen Lohnabhängigen dazu, den Kampf um Statuserhalt oder Statusverbesserungen mit dem Mittel des Ressentiments auszutragen. Dieser Kampf hatte von Beginn an sowohl eine materielle als auch eine kulturelle Dimension. Die Befragten empfanden ihre Leistungen gesellschaftlich nicht angemessen gewürdigt; sie sahen ihre Lebensentwürfe aber auch moralisch abgewertet. Deshalb beneideten sie vermeintlich „leistungslose“ oder „leistungsunwillige“ Gruppen, die noch dazu nicht zu „unserer Kultur“ passten. Als ihren Hauptgegner betrachteten die Befragten nicht etwa die Arbeiterbewegungs-Linke; vor allem Grüne und Feministinnen waren ihnen geradezu verhasst. Neben der Wahrnehmung ungerechter Verhältnisse animierten Wertmusterkonflikte die jungen Gewerkschaftsmitglieder dazu, ihren Protest an die populistische oder die extreme Rechte zu delegieren. Dieser Protest hatte etwas Rückwärtsgewandtes. Er zeugte von einer „Sehnsucht nach der alten Republik“, einem „goldenen Zeitalter“, als die Arbeiterschaft noch respektiert wurde und die ihr Angehörigen noch Möglichkeiten zum gesellschaftlichen Aufstieg hatten. Kritik am „System“, die sich damals bereits artikuliert, richtete sich gegen jene anonymen Mächte, die in den Augen der Befragten zunehmend zerstörten, was das Arbeiterleben eigentlich lebenswert machte.

---

6 Ebd.

## 2. Wegmarken der Radikalisierung

„Sehnsucht nach der alten Republik“ (Kapitel I) ist für mich daher der Schlüsseltext, der zu einem ersten Verständnis der rechten Tiefgeschichte verhilft. Die Radikalisierung dieser Tiefgeschichte hat sich in mehreren Etappen vollzogen, die in den hier versammelten Folgetexten dokumentiert werden. Eine erste markante Zäsur bildete die intensivierete, beschleunigte Globalisierung, die Anfang der Jahrtausendwende trotz aller Ungleichzeitigkeiten und Relativierungen zu einer nicht hintergehbaren Tatsache geworden war. Aus der Perspektive von Arbeiterfraktionen in den weltmarktorientierten Industrien schien es, als habe der Internationalismus die Seiten gewechselt. Unternehmen agierten zunehmend inter- und transnational, die sozialen Folgen der globalen Landnahme mussten dennoch weiterhin in der nationalen Arena bewältigt werden. Lohnabhängige hatten – jedenfalls behauptete das der dominante Globalisierungsdiskurs – Opfer zu bringen, um die nationale Wirtschaft wettbewerbsfähig zu halten. Abstriche bei Beschäftigungssicherheit, Löhnen, Erwerbslosenversicherung, Renten und Gesundheit galten als zwingend nötig, um den (west)deutschen Sozialkapitalismus an die Globalisierung anzupassen und – was nach der Implosion des Staatssozialismus hinzukam – die Kosten der Vereinigung mit der ehemaligen DDR zu bewältigen. Diese historische Konstellation trug zur sozialen Verallgemeinerung von Ohnmachtserfahrungen bei, wie sie von den rechtsaffinen jungen Gewerkschaftsmitgliedern schon Jahre zuvor geäußert worden waren.

Zu Beginn des neuen Jahrtausends wurden grenzüberschreitende Wirtschaftsaktivitäten noch immer „maßgeblich durch besondere institutionelle Traditionen, Regulationsmodi, Formen der Konfliktbewältigung oder auch durch Management- und Wirtschaftsstile der jeweiligen Länder beeinflusst“. Deshalb lautete meine Prognose damals: „Ein radikaler Pfadwechsel vom kooperativen hin zu einem an der kurzen Frist orientierten Shareholder-Kapitalismus würde in Kontinentaleuropa [...] mit Sicherheit andere Ergebnisse zeitigen, als es die anvisierten angelsächsischen Vorbilder verheißten. Restrukturierungsvarianten, die das ignorieren und die soziale Entbettung des Markthandelns über einen kritischen Punkt hinaus vorantreiben, untergraben nicht nur die soziale Kohärenz des Industriemodells, sie werden auch gesellschaftliche Auseinandersetzungen provozieren, die eines Tages tatsächlich zum Wegbereiter des autoritären Staates werden könnten“ (Kapitel II).

Der Stakeholder-Kapitalismus ist nicht gekommen. An seiner Stelle etablierte sich ein Finanz(markt)-Kapitalismus, dessen arbeitspolitische Hauptwirkung in einer weitreichenden Prekarisierung der Arbeitswelt bestand.<sup>7</sup> Was mit der Shareholder-Value-Orientierung in den Unternehmen begann, wurde mit der Agenda 2010 der

---

7 Dörre, Klaus (2019a): Social Capitalism is a Thing of the Past: Competition-driven Landnahme and the Metamorphosis of the German Model. In: Chiocchetti, Paolo/Allemand,

Regierung Schröder offizielle Leitlinie staatlicher Politik. Im Ergebnis bildete sich ein prekärer Sektor mit Arbeits- und Beschäftigungsverhältnissen heraus, dessen bloße Existenz auch diejenigen disziplinierte, die sich – noch – in halbwegs gesicherten beruflichen Positionen befanden. Rechtspopulistische Orientierungen, so ein zentraler Befund unserer damaligen Untersuchung zum Desintegrationspotential der Prekarisierung, fanden sich in allen Zonen der Arbeitsgesellschaft. Unter Erwerbslosen und prekär Beschäftigten waren sie ebenso verbreitet wie bei hochqualifizierten Angestellten im Bankensektor und in der IT-Industrie. Innerhalb der Stammbeslegschaften von Industriebetrieben traten diese Orientierungen in einer Variante auf, die sich als Aktualisierung jener Weltansichten interpretieren ließ, die bereits im IG-Metall Lehrgang aufgetaucht waren und sich unter Globalisierungsbedingungen ausgebreitet hatten. Ein Teil der Stammbeschäftigten, die in der Schlange darauf warteten, dass sich ihre Opferbereitschaft auszahlen würde, beantworteten die Globalisierung, besser: die marktgetriebene Landnahme des Sozialen und die Ausbreitung prekärer Arbeitsverhältnisse, mit reaktivem Nationalismus. Wohl reflektierten diese Lohnabhängigen wachsende soziale Unsicherheit und Ungleichheit, doch im internationalen Vergleich galt ihnen die Bundesrepublik noch immer als Wohlstandsinsel. Die Inselbewohner glaubten das eigene Stück vom Kuchen nur bewahren zu können, sofern die Zugänge zu dieser Insel möglichst eng gehalten würden. In ein bipolares Innen-Außen-Schema eingepasst, verwandelte sich alltägliche Sozialkritik in eine Legitimation für die Ausgrenzung Fremder, vermeintlich Leistungsunwilliger, kulturell angeblich nicht integrierbarer Gruppen. Niemand hatte etwas gegen „die Ausländer“. Wer sich anpasste, hart arbeitete und Leistung brachte, war willkommen. All jene, die „wir nicht gerufen“ hatten, die nur kamen, weil bei ihnen „zufällig Hunger oder Krieg herrschten“, sollten der Wohlstandsinsel fernbleiben oder sich zumindest am hinteren Ende der Warteschlange anstellen. Dieser konservierende Rechtspopulismus entsprach exakt dem, was ich bereits bei den jungen Gewerkschaftsmitgliedern der späten 1980er Jahre gefunden hatte. Nun war es jedoch nicht mehr nur Protest, wie ihn die jungen Erwachsenen im Lehrgang artikuliert hatten. Das Weltbild hatte sich verfestigt und zu einer Axiomatik verdichtet, die sich geradezu automatisch und reflexhaft artikuliert, wenn sich die Gelegenheit bot. Diese Axiomatik war mit der Bereitschaft gepaart, die eigene Festanstellung mit Zähnen und Klauen zu verteidigen – falls nicht anders möglich, auch auf Kosten von prekär Beschäftigten und anderen Außenseitergruppen (Kapitel III).

Was sich in den Jahren nach der Jahrtausendwende als Möglichkeit und punktuelle Praxis bereits angedeutet hatte, wurde während der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise von 2007–2009 offenkundig. Auf den ersten Blick schien es, als

---

Frédéric (Hg.), *Competitiveness and Solidarity in the European Union: Interdisciplinary Perspectives*. London: Routledge, S. 149-181.

sei die Krise in Deutschland eine ohne besonderes Krisenbewusstsein der Arbeiterschaft. In den Betrieben ging es überraschend friedlich zu. Die Krise führte weder zu militantem Bossnapping<sup>8</sup> noch zu Massenprotesten. Stattdessen wurden die Gewerkschaften als korporative Krisenmanager wiederentdeckt. Langzeitkurzarbeit und die – in ihrer Wirkung umstritten – Abwrackprämie für ältere PKW sicherten die Stammebelegschaften in der Exportindustrie, während flexible Beschäftigte wie Leiharbeitskräfte und befristet Eingestellte ihre Jobs verloren oder, wie Jungfacharbeiter, gar nicht erst übernommen wurden. So gingen beispielsweise in einem Werk des VW-Konzerns quasi über Nacht 1.000 Beschäftigte verloren; ein durchaus schmerzhafter Prozess für die Belegschaft, der jedoch mit Blick auf die Sicherung der Festangestellten zähneknirschend hingenommen wurde.<sup>9</sup>

Wie unsere empirischen Forschungen während und nach der Krise belegten, war es in den Betrieben jedoch keineswegs so ruhig, wie es den Anschein hatte. Unter der Oberfläche gährte es. Allerdings gab es einen markanten Unterschied zwischen der Sicht auf die „kleine Welt“ des Betriebs und dem Blick auf die „große Gesellschaftswelt“. So verbreitet die Kritik an Arbeitsbedingungen und Management auch war, zumindest den Stammeschäftigten galten der Betrieb und abgeschwächt das Unternehmen noch immer als Stabilitätsanker für das eigene Leben. Dagegen wurde die „große Welt“ der Gesellschaft in düsteren Farben gezeichnet. Kapitalismuskritik war, wie unsere Befragungen in ost- und westdeutschen Industriebetrieben zeigten, in den Belegschaften weit verbreitet. Doch sie übersetzte sich häufig nicht in kollektives Handeln.

Wie die in das Buch aufgenommenen quantitativen und qualitativen Erhebungen bei einem südwestdeutschen Fahrzeughersteller exemplarisch verdeutlichen, artikulierten sich bei den Befragten ein Antikapitalismus, der politisch heimatlos war. Ihn zeichnete aus, was wir als Paradoxie alltäglicher Kapitalismuskritik von Lohnabhängigen bezeichnen können. Je hermetischer das kapitalistische Wettkampfsystem in der alltäglichen Weltsicht erscheint, desto näher liegt es, sich auf die Seite derjenigen zu schlagen, die siegreich aus der Konkurrenz hervorgehen. In diesem Wettkampfsystem etabliert sich eine Tendenz zu, wie wir sie nennen, exklusiver, ja exkludierender Solidarität. Die Produktionsarbeiter sind solidarisch – das jedoch bevorzugt in den Grenzen der Stammebelegschaften des eigenen Betriebs. Exklusive Solidarität besitzt keine parteipolitische Ausrichtung, sie findet sich bei Linken und Rechten. Da sie

---

8 In Frankreich wurden die Entführung von Managern und deren symbolische Festsetzung auf einer Seine-Insel als Mittel des Protests wiederentdeckt. Die Bezeichnung dafür ist Bossnapping.

9 Ein VW-Betriebsrat, der in einem Webinar der IG Metall Bildungsstätte Beverungen mit mir diskutierte, konnte sich gut zehn Jahre später gut an dieses einschneidende Erlebnis erinnern. Das auch, weil das Management aus der Krise gelernt hatte. Als die Konjunktur wieder anzog, wurde bevorzugt befristet oder über Leiharbeit eingestellt.



sich sowohl gegen das Management und das beschäftigende Unternehmen als auch gegen 'anders' und 'unten' richten kann, bietet sie sich jedoch als Andockstelle und kognitive Brücke für rechtspopulistische Orientierungen an (Kapitel IV).

Auf die Wirtschaftskrise von 2007–09 folgte ein langes Jahrzehnt außergewöhnlicher Prosperität. Allerdings blieben die Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in den alten kapitalistischen Zentren und auch in der Bundesrepublik relativ flach, während die Einkommens- und Vermögensungleichheit zumindest bis 2013 wuchs, um sich sodann, ebenso wie der prekäre Sektor, auf hohem Niveau zu stabilisieren. Ausgerechnet in einer Zeit, in der die offiziell registrierte Erwerbslosigkeit auch im Osten der Republik deutlich zurückging, gelang es mit der AfD erstmals einer radikal rechten Partei, noch dazu mit einem zweistelligen Ergebnis, in den Bundestag einzuziehen. Die rechte Tiefengeschichte verfügt nun über einen eigenständigen parteipolitischen Ausdruck im politischen System der Bundesrepublik.

Es waren vor allem zwei Ereignisketten, die Euro- und die sogenannte Flüchtlingskrise, die der rechten deep story eine neue Wendung gaben und zu ihrer parteipolitischen Verselbständigung beitrugen. Über einen langen Zeitraum daran gewöhnt, dass es nicht mehr für alle und alles reicht, war im Zuge des europäischen Krisenmanagements scheinbar Geld im Überfluss vorhanden. Zunächst zur Rettung maroder Banken und kriselnder Staatsfinanzen an der südeuropäischen Peripherie, sodann für mehr als eine Million Geflüchteter, die 2015 deutsches Staatsgebiet erreichten. Seither ist das Schlangestehen aus der Sicht (nicht nur) rechtsaffiner Arbeiter\*innen sinnlos geworden. Das auch, weil sich die gesamtwirtschaftliche Lage deutlich verbessert hat, während man selbst weiter auf der Stelle tritt. Die Unternehmen haben in der Dekade nach der globalen Finanzkrise gut verdient, die Arbeitslosigkeit ist offiziell unter die Sechs-Prozent-Marke gesunken und die Zahl der Erwerbstätigen auf Rekordniveau gestiegen. Das hat insbesondere bei den heranwachsenden Arbeiter\*innen, gerade im Osten der Republik, ein Ende der Bescheidenheit ausgelöst. Jüngere Lohnabhängige verspüren nicht die geringste Lust, sich in eine Warteschlange einzureihen, die sich kaum bewegt.

Forschungen aus dieser Zeit (Kapitel V) zeichnen den vorläufigen Endpunkt einer Radikalisierung der rechten Tiefengeschichte nach. Sie skizzieren ein dichotomisches Arbeiterbewusstsein, das für sozialpopulistische, ja für faschistoide Anrufungen offen ist. Befragte Arbeiter\*innen betrachten sich weder als arm noch als prekär lebend; in ihrer Wahrnehmung sind sie unverschuldet anormal. Das heißt, sie können das Leben, das sie sich wünschen und nach eigener Auffassung auch verdienen, nicht führen. In der Warteschlange fühlen sie sich zurückgesetzt, obwohl die Bedingungen für einen Aufstieg am Berg der Gerechtigkeit eigentlich günstig sind. Wer sich selbst permanent als abgewertet, benachteiligt und gedemütigt wahrnimmt, der tendiert, nicht zwangsläufig, aber doch mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit, dazu, Selbstaufwertung mittels Abwertung anderer zu betreiben. Noch immer sind alle Bausteine der rechten

Tiefengeschichte vorhanden, doch Unmut und Wut drängen die vergeblich Wartenden mehr und mehr zur Tat. Ideologeme wie „großer Austausch“ und drohender „Volkstod“ motivieren dazu, Gewalt gegen Fluchtmigranten und Andersdenkende als legitime Notwehr zu betrachten. Entsprechende Deutungen werden durch Bewegungen (Pegida und Ableger) und Parteien (neben der AfD rechtsradikale Kleinstparteien) von außen bestärkt. Rechtsaffine Betriebsräte und Gewerkschaftsaktive können sich mancherorts bereits als Repräsentanz einer schweigenden Mehrheit verstehen und in einigen wenigen, aber wichtigen Werken ist es rechtsoppositionellen Gruppen mit Verankerung in der militanten Rechten gelungen, Sitze in den Betriebsräten zu erobern. Für die rechten Orientierungen im Alltagsbewusstsein gilt: Sie sind bei vielen Befragten bereits mehr als eine Axiomatik, die reflexhaft funktioniert. Viele Deutungen und Argumente rechtsaffiner Betriebsräte und Gewerkschaftsaktiver folgen bereits der Linie einer Partei. Die Befragten haben zu jedem kritischen Einwand eine passende Antwort parat und wo inhaltliche Kohärenz nicht gegeben ist, sorgen neurotische Ängste und Emotionen dafür, dass im rechten Weltbild zusammengeklebt wird, was eigentlich nicht zusammengehört (Kapitel V).

### 3. Abwertung in der demobilisierten Klassengesellschaft

Die Radikalisierung der rechten Tiefengeschichte ist eine Reaktion auf eine gesellschaftliche Konstellation, die hier als Tendenz zu einer demobilisierten Klassengesellschaft bezeichnet wird. Klassenspezifische Ungleichheiten nehmen zu oder treten subjektiv in den Vordergrund, doch Organisationen und Bewegungen, die an der Konfliktachse von Kapital und Arbeit operieren, sind, an Organisations- und Diskursmacht gemessen, so schwach wie selten zuvor. Zwar wird in der demobilisierten Klassengesellschaft unablässig gekämpft und auf Unternehmensebene immer häufiger gestreikt; es kommt jedoch nicht zu einer politischen Verdichtung dieser Konflikte; nur selten erreichen sie die politische Öffentlichkeit. Dieses Missverhältnis ist auch darauf zurückzuführen, dass der ökologische Gesellschaftskonflikt, ähnlich wie schon in den 1980er Jahren, die sozialen Auseinandersetzungen in seiner existenziellen Bedeutung überstrahlt.

Die reichen kapitalistischen Länder befinden sich, so eine Kernthese des Schlussbeitrags (Kapitel VI), inmitten einer ökonomisch-ökologischen Zangenkrise. Diese Krise verwandelt den alten industriellen Klassenkonflikt unwiderruflich in einen sozialökologischen Transformationskonflikt. Soziale und ökologische Nachhaltigkeitsziele bilden nunmehr den Maßstab, an welchem sich Arbeiterinteressen messen lassen müssen. In dieser Konstellation sind Zielkonflikte vorprogrammiert. Unfähig, ihre Interessen in offensiven (Klassen-)kämpfen durchzusetzen, tendieren Teile der Arbeiterschaft dazu, den sozialen Block der radikalen Rechten zu unterstützen.